

Deutschlands demografische Herausforderungen

Wie sich unser Land langsam aber sicher wandelt

Von Reiner Klingholz

Impressum

Herausgegeben vom
Berlin-Institut für Bevölkerung
und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Telefon: (030) 22 32 48 45
Telefax: (030) 22 32 48 46
E-Mail: info@berlin-institut.org
www.berlin-institut.org

Das Berlin-Institut finden Sie auch bei
Facebook und Twitter (@berlin_institut).

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Sämtliche, auch auszugsweise Verwertung
bleibt vorbehalten.

Discussion Paper Nr. 18
März 2016

Lektorat:
Stephan Sievert, Lilli Sippel

Design:
Jörg Scholz (www.traktorimnetz.de)

Layout und Grafiken:
Jörg Scholz

Einige thematische Landkarten wurden
auf Grundlage des Programms EasyMap
der Lutum+Tappert DV-Beratung GmbH,
Bonn, erstellt.

ISBN: 978-3-946332-85-5

Der Autor

Dr. Reiner Klingholz, 1953, Promotion
im Fachbereich Chemie an der Universität
Hamburg. Direktor des Berlin-Instituts für
Bevölkerung und Entwicklung.

Über das Berlin-Institut

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung dankt seinem Förderkreis für die Ermöglichung dieses Discussion Papers. Infos zum Förderkreis finden Sie unter: <http://www.berlin-institut.org/foerderkreis-des-berlin-instituts.html>

Dieses Diskussion Paper ist in modifizierter Form in der Publikation „Stiftungen und demografischer Wandel“, herausgegeben vom Bundesverband Deutscher Stiftungen, erschienen. Die Fassung thematisiert darüber hinaus Herausforderungen an Stiftungshandeln und gibt Empfehlungen für Stiftungsarbeit im demografischen Wandel. Sie dient als Grundlage für den Deutschen Stiftungstag, der vom 11.–13. Mai 2016 in Leipzig zum Thema demografischer Wandel und Stiftungen stattfindet.

DEUTSCHLANDS DEMOGRAFISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Die Rolle des Pioniers

In keinem Land der Welt sind die Kinderzahlen je Frau so früh und so nachhaltig unter jenen Wert gefallen, der für eine stabile Bevölkerung notwendig wäre, wie in Deutschland. Auch wenn der Trend zu kleineren Familien ein weltweites Phänomen ist, das nicht nur die Industrienationen, sondern längst auch die Schwellen- und Entwicklungsländer erfasst hat, steht Deutschland damit früh und umfassend vor all jenen Herausforderungen, die der globale demografische Wandel mit sich bringt. Deutschland ist der Pionier auf diesem Weg in die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Diese Entwicklung war in Deutschland zwar schon seit Ende der 1970er Jahre absehbar, als sich die Kinderzahlen je Frau binnen eines Jahrzehnts annähernd halbiert hatten, doch gerade hierzulande war es aus historischen Gründen problematisch, diese gesellschaftlichen Veränderungen nüchtern zu analysieren und auf sie mit einer überlegten Politik zu reagieren: Zu groß war der Schatten der nationalsozialistischen Vergangenheit, zu nah die Erinnerung an eine Zeit, da die Politik

die Bevölkerungskunde für ihre ideologischen und rassistischen Ziele missbraucht hatte. Bevölkerungspolitische Diskussionen, erst recht Interventionen waren Tabu. Erst zu Beginn der 2000er Jahre, als sich nicht mehr ausblenden ließ, dass die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer in absehbarer Zeit alt werden und dann von einer weitaus kleineren Generation an Erwerbsfähigen zu versorgen sind, begann eine breitere öffentliche Auseinandersetzung um Ursachen und Folgen des demografischen Wandels.

Doch wie immer bei einem notwendigen Diskurs, der lange verdrängt, dann aber hastig aufgearbeitet wird, machten bald die ersten Katastrophenszenarien die Runde: Wahlweise stand Deutschland kurz vor dem Aussterben, wurde von einer Rentnerlawine getroffen, von Zuwanderern überflutet oder stand vor dem wirtschaftlichen Ruin, überflügelt von jungen und innovativen AufsteigerNationen. Mittlerweile haben sich die Wogen etwas geglättet, auch weil klar wurde, dass es verschiedene Stellschrauben gibt, mit dem sich der demografische Wandel zwar nicht ausschalten, aber immerhin einigermaßen bewältigen lässt. Längere Lebensarbeitszeiten, mehr Frauen im Arbeitsmarkt, bei gleichzeitiger Verbesserung der Betreuungsbedingungen für Kinder, bessere Qualifikationen, lebenslanges Lernen, Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, all dies sind Möglichkeiten, moderne Gesellschaften produktiv, innovativ und erfolgreich zu halten.

Hinzu kommt, dass Deutschland nicht allein steht mit seinen Aufgaben: Weil der demografische Wandel zwar in den verschiedenen Ländern mehr oder weniger stark aber generell überall stattfindet, müssen sich auch unsere internationalen Wettbewerber an veränderte Bevölkerungsstrukturen anpassen. Viele der Schwellenländer, die sich derzeit wirtschaftlich dynamisch entwickeln, werden zeitversetzt zu Deutschland weitaus größere demografische Probleme zu lösen haben. Pioniere haben stets die Aufgabe, neues Terrain zu erkunden, aber sie haben auch die Chance, sich früher als andere mit den neuen Bedingungen zu arrangieren und dabei etwas Neues zu schaffen. Wenn dies gelingt, ist keineswegs zu erwarten, dass Deutschland ausstirbt, sich abschafft oder untergeht.

Zeitenwende in der gesellschaftlichen Entwicklung

Die Demografie hat die Gesellschaften seit Urzeiten verändert. Bevölkerungen sind zu guten Zeiten gewachsen, zu schlechten wurden sie dezimiert – durch Kriege, Krankheiten oder Hungersnöte. Daneben haben sich die Menschen schon immer aufgemacht, um anderenorts nach einem neuen oder besseren Leben zu suchen.

Was Deutschland, Europa und letztlich die ganze Welt im 21. Jahrhundert in demografischer Hinsicht erleben werden, ist jedoch ohne historisches Vorbild, es bedeutet eine regelrechte Zeitenwende. Denn der historische Drang der Menschheit – sich zu vermehren und zu wachsen – wird nach und nach von einem Ende des Wachstums und einem Schrumpfen abgelöst. Weder die Politik noch die Gesellschaft als Ganze haben große Möglichkeiten, diesen Lauf der Dinge zu beeinflussen, denn die Veränderungen sind die Folge einer generell erfreulichen Entwicklung. Wichtig ist vielmehr, die kaum vermeidbaren Veränderungen zu gestalten, sich anzupassen und das Beste aus den Möglichkeiten zu machen. Der Zivilgesellschaft und den Stiftungen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Wohlstand, Bildung und Gleichstellung von Mann und Frau haben die Kinderzahlen sinken lassen

Für die Betrachtung der demografischen Lage in Deutschland sind vor allem die vergangenen 50, 60 Jahre von Bedeutung. In dieser Zeit sind die meisten der heute im Land lebenden Menschen geboren beziehungsweise zugewandert. Der Zweite Weltkrieg hatte eine „zerfledderte“ Bevölkerungspyramide hinterlassen (Abb. 1, S. 5), in der sich deutlich sichtbar die Gefallenen der beiden großen

Kriege sowie die Geburtenausfälle während der Kriege und der Weltwirtschaftskrise abbilden. In den Jahren nach dem Krieg und des Wiederaufbaus, der im Westen bald zu einem Wirtschaftswunder und im Osten zu einer Aufbruchstimmung führen sollte, bekamen die Menschen wieder mehr Kinder und verursachten wie in anderen Industrienationen auch den sogenannten Nachkriegsbabyboom. Er stellte sich in Deutschland später ein als bei den Siegermächten, weil viele deutsche Männer erst nach Jahren aus der Kriegsgefangenschaft zurückkamen.

Was beschreibt die Demografie?

In der klassischen Demografie ging es darum, die Menschen zu zählen, ihr Alter und ihr Geschlecht sowie ihren Wohnort festzuhalten. Mit diesen Parametern war es möglich, den Bestand einer Bevölkerung bis hinunter auf kleinräumliche Ebenen zu benennen und Voraussagen zu deren weiterer Entwicklung zu machen. Demografische Projektionen sind dabei generell zuverlässiger als andere Vorhersagen, denn sie gleichen eher einer buchhalterischen Fortschreibung: Zum einen ändern sich die demografischen Parameter – Geburten- und Sterberaten – jenseits von außergewöhnlichen Krisenzeiten nur sehr langsam; unsicher sind lediglich die Wanderungszahlen. Zum anderen ist die Zusammensetzung einer Bevölkerung in mittlerer Zukunft durch deren heutige Zusammensetzung bestimmt: Ein heute 20-Jähriger wird in 30 Jahren mit großer Wahrscheinlichkeit noch am Leben und dann 50 Jahre alt sein.

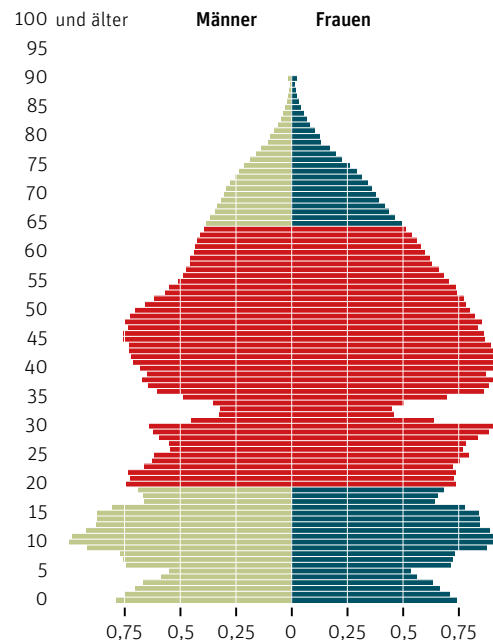
Die moderne Demografie interessiert sich neben der reinen Zahl der Menschen besonders für deren Fähigkeiten. Sie bezieht deshalb auch das „Humanvermögen“ der Menschen in ihre Analysen ein.¹ Das Humanvermögen wird durch den Gesundheitszustand und die Bildung der Menschen bestimmt, denn diese beiden Parameter beschreiben, wie gut ein Individuum sein persönliches Leben meistern und sich im Sinne der Gemeinschaft nützlich machen kann. Es kommt also weniger auf die Zahl der Köpfe an, als darauf, was in ihnen steckt. Die Summe der Humanvermögen und nicht die schiere Zahl der Menschen definiert das Wohlergehen ganzer Nationen. Wäre es umgekehrt, wären stark wachsende und bevölkerungsreiche Länder wie Nigeria oder Pakistan reicher und einflussreicher als kleine, aber hoch entwickelte Länder wie die Schweiz oder Schweden. Eine Aufwertung des Humanvermögens durch gesundheitliche Prävention und bessere Bildung ist somit das wichtigste Instrument, um den demografischen Wandel zu gestalten. Eine Gesellschaft mit wenig Nachwuchs braucht Investitionen in das Humanvermögen und in eine gute physische Infrastruktur, um das Wirtschaften zu erleichtern.

Kopflastige Pyramide

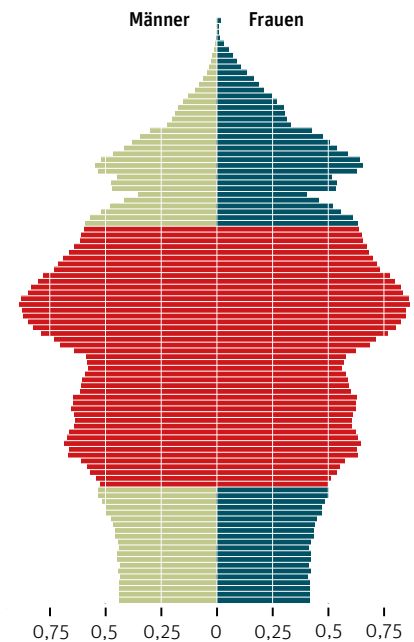
Die grafische Darstellung der Bevölkerungsstruktur, die Demografen einst eine Pyramide genannt haben, hat für Deutschland längst ihre klassische Form verloren. Während Deutschlands Bevölkerungsverteilung 1950 noch von den kriegsbedingten Geburtenausfällen und den Gefallenen der Kriege geprägt war, dominieren nach 70 Jahren Frieden, wachsendem Wohlstand und einer Bildungsrevolution die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer. Diese in den 1960er Jahren Geborenen sorgen derzeit für hohe Beschäftigungsquoten und enorme Staatseinnahmen. Aber sie werden bald schon Schritt für Schritt in den Ruhestand gehen. 2030, zum Höhepunkt ihrer Verrentung, wird jeder Jahrgang, der ins **Erwerbsleben** nachrückt, nur noch halb so groß sein wie jeder neue Ruhestandsjahrgang.

Abb. 1: Prozentualer Anteil der jeweiligen Altersjahre an der Gesamtbevölkerung in Deutschland 1950 und 2015 (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)³³

Deutschland 1950



Deutschland 2015



Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau stieg in den 1960er-Jahren in beiden Teilen Deutschlands auf einen Wert von 2,5, der seither nicht mehr erreicht wurde (Abb. 2, S. 6). In dieser Zeit kamen auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik so viele Kinder zur Welt wie nie zuvor oder danach: 1,36 Millionen Neugeborene registrierten die Standesämter im Rekordjahr 1964, während es in den vergangenen Jahren nur noch etwa 700.000 waren (Abb. 3, S. 6). Die hohe Zahl in den 1960ern kam auch zustande, weil die damaligen Mütter einer besonders großen Kohorte entstammten: Es waren die zwischen 1934 und 1942 geborenen Frauen, die noch unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Bevölkerungspropaganda zur Welt gekommen waren.

Dem Babyboom folgte Ende der 1960er-Jahre ein relativ schneller Absturz der Nachwuchszahlen, der sich bald auf einen Wert von 1,4 Kindern je Frau einpendelte. Dieser gilt bis

heute. Seither ist jede Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern. Dabei werden aus 100 Müttern 70 Töchter, 49 Enkelinnen und 36 Urenkelinnen. Binnen drei Generationen, in weniger als 100 Jahren, schrumpft also eine Bevölkerung langfristig und ohne Beachtung von Zuwanderung sowie einer möglicherweise steigenden Lebenserwartung um fast zwei Drittel.

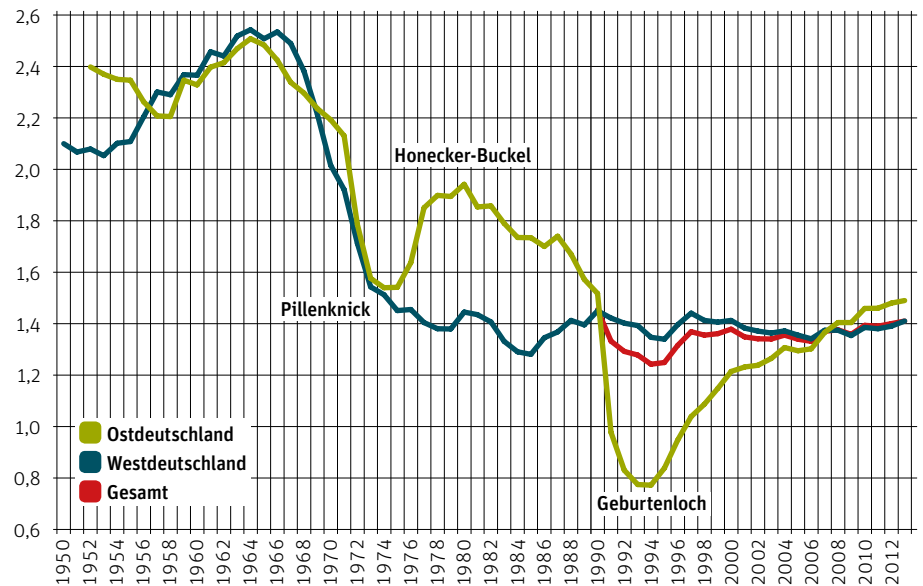
Für den Rückgang der Fertilitätsraten vor fast 50 Jahren waren verschiedene Faktoren verantwortlich: Erstens stieg der Wohlstand weiter Bevölkerungskreise deutlich an und neue Konsummöglichkeiten drängten den Kinderwunsch teilweise in den Hintergrund.

Zweitens verbesserten sich die Bildungschancen von Mädchen und Frauen, weshalb sich drittens die Rolle von Frauen in der Gesellschaft grundsätzlich zu verändern begann. Mit der besseren Qualifikation stieg deren Bedürfnis, ihre traditionelle Rolle als Hausfrau zumindest teilweise gegen eine Berufskarriere einzutauschen, was gesellschaftlich immer mehr akzeptiert und vielfach auch zu einer ökonomischen Notwendigkeit wurde. Schließlich bot die 1961 auf den Markt gebrachte „Pille“ die sichere Möglichkeit, eine Familie zu planen. Der als Pillenknick bezeichnete Rückgang der Geburtenzahlen gründet allerdings eher auf gesellschaftlichen Veränderungen der damaligen Zeit als auf der Pille selbst. So gab es den Knick auch in Japan, wo sich die gesellschaftlichen Bedingungen ebenfalls geändert hatten, die Pille als Verhütungsmittel bis 1999 aber gar nicht zugelassen war.²

Ost-West-Gefälle

Der überall in den Industrienationen zu beobachtende Einbruch der Fertilitätsraten in den 1970er Jahren, auch „Pillenknick“ genannt, war noch ein gesamtdeutsches Phänomen. Dann trennten sich die Wege zwischen Ost und West: In der DDR sorgte eine geburtenfördernde Familienpolitik für einen zweiten kleinen Babyboom, auch „Honecker-Buckel“ genannt. Im Westen war eine solche Intervention verpönt. Nach dem Mauerfall führten die neuen Freiheiten, aber auch die wirtschaftliche Verunsicherung im Osten zu einem dramatischen Einbruch der Kinderzahlen.

Abb. 2: Zusammengefasste Geburtenziffern (Fertilitätsrate) in West- und Ostdeutschland, 1950 bis 2013 (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)³⁴



Immer ältere Mütter

Bei dem viel diskutierten Nachwuchsmangel in Deutschland ist zu beachten, dass die Kinderzahl je Frau, auch „totale Fertilitätsrate“ (TFR) genannt, eine rechnerische Größe ist. Sie beschreibt, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres fruchtbaren Alters bekommen würde, wenn das generelle Geburtenverhalten im Ganzen so bliebe wie in dem jeweiligen Stichjahr. Die TFR gibt also eine Momentaufnahme wieder und sagt *nicht*, wie viele Kinder die Frauen tatsächlich *im Laufe ihres Lebens* bekommen werden, denn das ist natürlich noch gar nicht bekannt. Das kann nur die „Kohortenfertilitätsrate“ (KFR) wiedergeben. Sie lässt sich jedoch erst ermitteln, wenn Frauen eines bestimmten Jahrgangs die Phase abgeschlossen haben, in der sie Kinder bekommen können. Die KFR beträgt für die zwischen 1965 und 1969 geborenen Frauen 1,54, sie liegt also über der TFR von 1,4. Manche Demografen meinen deshalb, der Kindermangel in Deutschland sei gar nicht so dramatisch wie üblicherweise beschrieben.³

Der Grund für den Unterschied zwischen TFR und KFR liegt darin, dass Frauen seit einiger Zeit das Kinderkriegen in ein immer höheres Alter verschieben. Heute liegt das Durchschnittsalter, in dem Frauen in Deutschland ihr erstes Kind bekommen, bei 29,3 Jahren.⁴

Somit unterschätzt die TFR die tatsächliche Zahl der Geburten pro Frau, denn heute nicht geborene Kinder können ja später noch nachgeholt werden. Das demografische Problem der niedrigen Nachwuchszahlen wird durch die höhere KFR aber in keiner Weise ent-

Halbierter Nachwuchs

Im Vergleich zum Höhepunkt des Babybooms im Jahr 1964 kommen heute in Deutschland nur noch halb so viele Kinder zur Welt. Ohne den Nachwuchs aus Migrantenfamilien wären es sogar nur ein Drittel so viele.

Abb. 3: Natürliche Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1950 bis 2014

Jahr	Geburten	Sterbefälle	Differenz
1950	1.116.701	748.329	+ 368.372
1960	1.261.614	876.721	+ 384.893
1964	1.357.304	870.319	+ 486.985
1970	1.047.737	975.664	+ 72.073
1980	865.789	952.371	- 86.582
1990	905.675	921.445	- 15.770
2000	766.999	838.797	- 71.798
2010	677.947	858.768	- 180.821
2014	714.927	868.356	- 153.429

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)³⁵

schärft. Denn später geborene Kinder fehlen de facto heute in der Bevölkerungsstatistik. Nur Kinder, die in einem bestimmten Jahr geboren werden, können später auch zur Schule gehen, sich irgendwann einmal für die Gesellschaft nützlich machen und ihrerseits Familien gründen. Spätere Geburten haben deshalb einen ähnlichen demografischen Effekt wie weniger Geburten. Bisher jedenfalls ist weltweit kein Fall bekannt, wonach sich länger anhaltende niedrige Fertilitätsraten wieder nachhaltig auf ein höheres Niveau haben befördern lassen.

In der Falle der niedrigen Fertilität?

An den niedrigen Kinderzahlen je Frau haben auch die erheblichen und finanziell aufwendigen familienpolitischen Reformen der jüngeren Vergangenheit wenig geändert – die verbesserten Betreuungsmöglichkeiten, die Elternzeit oder das Betreuungsgeld. Vermutlich liegt die weitgehende Wirkungslosigkeit daran, dass sich Fertilitätsraten, die seit über vier Jahrzehnten auf sehr niedrigem Niveau liegen, durch derlei Maßnahmen gar nicht wesentlich beeinflussen lassen. Diese sind zwar aus anderen Gründen sinnvoll, weil sie die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen verbessern oder Männer stärker in Familienaufgaben einbinden. Aber sie haben wenig Effekt auf junge Menschen, die ihrerseits in einem Umfeld großgeworden sind, in dem ein Leben ohne Kinder gesellschaftlich längst akzeptiert war und wo im Schnitt 1,4 Kinder die soziale Norm waren. Die Wissenschaft spricht in diesem Zusammenhang von einer „Niedrig-Fertilitäts-Falle“, in der auch Länder wie Italien, Österreich oder Japan gefangen sind, die schon seit Langem sehr niedrige

Fertilitätsraten verzeichnen.⁵ Demnach lassen sich Kinderzahlen nicht durch finanzielle Anreize beeinflussen, sondern nur durch einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel, der bestenfalls über lange Zeiträume wirkt und auf den die Politik wenig Einfluss hat. Notwendig dafür wäre eine grundsätzlich andere Einstellung junger Menschen gegenüber dem Abenteuer Familie, vor allem eine größere Bereitschaft der Männer, sich darauf einzulassen und die vielleicht größte Verantwortung zu übernehmen, die im Laufe eines Lebens potenziell ansteht.

Vom Nutzen des demografischen Wandels

Der Rückgang der Kinderzahlen, der mehr oder weniger zeitgleich in allen Industrienationen erfolgte, leitete die Endphase des sogenannten demografischen Übergangs ein. Dieser beschreibt den Wandel von einer Gesellschaft, in der viele Kinder geboren werden, in der aber aufgrund schwieriger Lebensbedingungen auch viele Menschen jeden Alters sterben, zu einer Gesellschaft mit besseren Lebensbedingungen, in der zunächst die Sterblichkeit sinkt. In dieser Phase wächst die Bevölkerung stark. Mit einer Verzögerung von einigen Jahrzehnten sinken dann auch die Kinderzahlen je Frau. Es pendelt sich dann wieder ein Gleichgewicht aus Sterbe- und Geburtenziffern ein, worauf das Bevölkerungswachstum abgebremst wird oder zum Erliegen kommt.

Diese Phase galt ursprünglich schon als Endphase des demografischen Übergangs. Mittlerweile ist allerdings deutlich geworden, dass die Kinderzahlen bei weiterer sozioökonomischer Entwicklung in praktisch allen entwickelten Staaten (und längst auch in vielen Schwellenländern) unter das Erhaltungsniveau von 2,1 Kinder je Frau fallen und die Bevölkerung sich damit auf Schrumpfkurs

begibt.⁶ Heute verzeichnen bereits über 80 Länder so niedrige Fertilitätsraten.⁷ Diese Gesellschaften, die über die Hälfte aller Menschen weltweit stellen, können sich langfristig nur durch Zuwanderung stabilisieren.

Der letzte Teil des Übergangs, in dem die Fertilitätsrate bereits unter das Erhaltungsniveau von 2,1 gesunken ist, ist in zwei Unterphasen aufgeteilt. In der ersten dominieren die letzten geburtenstarken Jahrgänge für etwa 40 Jahre die Gruppe der Erwerbsfähigen und verschaffen der Gesellschaft damit einen demografischen Bonus. Wenn es gelingt, diesen Menschen eine gute Ausbildung mitzugeben und sie mit Arbeitsplätzen zu versorgen, lässt sich der Bonus in eine demografische Dividende verwandeln. Unter diesen Bedingungen wächst die Wirtschaft unter sonst gleichen Bedingungen überproportional, die Einkommen und Staatseinnahmen steigen, während die öffentlichen und privaten Ausgaben für die kleiner werdenden Nachwuchsjahrgänge (Gruppe der Kinder und Jugendlichen) sinken. Gleichzeitig ist die Zahl der älteren Menschen mit Versorgungsansprüchen noch nicht sonderlich hoch.⁸ Dies sind die goldenen Jahre der gereiften Volkswirtschaften, von denen Deutschland derzeit gerade die letzten erlebt: Auch hierzulande sind die im Schnitt gut qualifizierten und überwiegend erwerbstätigen Babyboomer der Hauptgrund für die derzeit hohen Einnahmen der Steuer- und Sozialkassen. Die Babyboomer sind die tragenden Säulen der Gesellschaft.

Die Gefahr dieser Boomperiode ist, dass sie leicht den Blick auf die zweite Unterphase am Ende des demografischen Übergangs verstellt, in der die geburtenstarken Jahrgänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand wechseln und damit zwangsläufig von Einzahlern

zu Empfängern der Transfersysteme werden. Für Deutschland bedeutet das: Die in den 1950er- und 1960er-Jahren geborenen Babyboomer, die in den 1970ern und 1980ern in den Arbeitsmarkt eintraten, werden ihn in den kommenden 10 bis 20 Jahren verlassen. Damit steht das Land unmittelbar vor einer massiven Verrentungs- und Pensionswelle.

Das Verhältnis aus Erwerbstätigen und Ruheständlern verändert sich zudem durch die fortwährend steigende Lebenserwartung. Sie steigt, weil sich die Menschen besser ernähren können, weil sie einen hohen medizinischen Versorgungsstandard genießen und weniger verschleißende Arbeitsbedingungen erleben. Schließlich sorgt der steigende Bildungsgrad in der Bevölkerung dafür, dass die Menschen mehr auf ihre eigene Gesundheit achten und offener für Prävention werden. Aus all diesen Gründen verlängert sich die Lebenszeit seit Langem um zwei bis drei Jahre pro Jahrzehnt oder an jedem Tag um sechs Stunden. Ein Ende dieser Entwicklung ist vorerst nicht abzusehen.⁹ Sie hängt jedoch entscheidend von der Funktionsfähigkeit der Gesundheits- und Sozialsysteme ab. Bisher gehen die Vorhersagen davon aus, dass sich bis 2050 das Leben von Frauen um sechs und das von Männern um fünf weitere Jahre verlängert, auf dann 86 respektive 84 Jahre.¹⁰ Insgesamt ist die steigende Lebenserwartung der beste Querschnittsindikator dafür, dass es den Menschen immer besser geht und dass der demografische Wandel keinesfalls nur mit Nachteilen verbunden ist.

In der Geschichte der Menschheit haben die über 60-Jährigen immer nur einen Bruchteil der Bevölkerung ausgemacht. Erst mit den verbesserten Lebensbedingungen stieg der Anteil der Älteren und hat in den meisten Industrienationen bereits die 20-Prozent-Grenze überschritten. Bis 2050 dürften es 40 Prozent und mehr sein. In Deutschland sind die über 60-Jährigen die einzige Bevölkerungsgruppe, die noch wächst.

Weil sich vor allem die gesunde Lebenszeit verlängert, bedeutet der demografische Wandel zumindest auf individueller Ebene einen großen Gewinn. Über 60-Jährige sind aber auch immer häufiger noch wirtschaftlich aktiv und sie engagieren sich zunehmend für die Gemeinschaft. Ihr Selbstbild hat sich gewandelt – zum „alten Eisen“ jedenfalls gehören sie nicht mehr.

Wo die Probleme beginnen

Diesem Nutzen steht bislang jedoch ein gesamtgesellschaftliches Problem gegenüber, denn die künftige Finanzierung der wachsenden Zahl an Ruheständlern ist keinesfalls gesichert. Um das Jahr 2030, in nur 14 Jahren und zum Höhepunkt der Verrentungswelle der Babyboomer, wird jeder Jahrgang, der sich in den Ruhestand verabschiedet, etwa doppelt so groß sein wie jener der jungen Menschen, die ins Erwerbsleben hineinwachsen.

Nach der aktuellen Projektion des Statistischen Bundesamtes wird die Gesamtbevölkerung Deutschlands bis 2050 von 81,3 auf 76,1 Millionen schrumpfen. Dabei ist unterstellt, dass jedes Jahr unterm Strich 200.000 Zuwanderer ins Land kommen.¹¹ Diese Zahl entspricht dem langjährigen Mittelwert der Zuwanderung in der Vergangenheit.

In diesem Zeitraum bis 2050 wird sich die Zahl der Menschen im Ausbildungsalter von 18 bis 24 Jahren von 8,5 auf 7,0 Millionen reduzieren. Der Nachwuchs, der die Geschicke des Landes entscheidend prägen wird, dünnt sich also aus. Die Zahl der Menschen im (künftigen) Erwerbsalter zwischen 20 und 66 Jahren wird von 49,4 auf 42,6 Millionen sinken. Darüber hinaus altern die Belegschaften

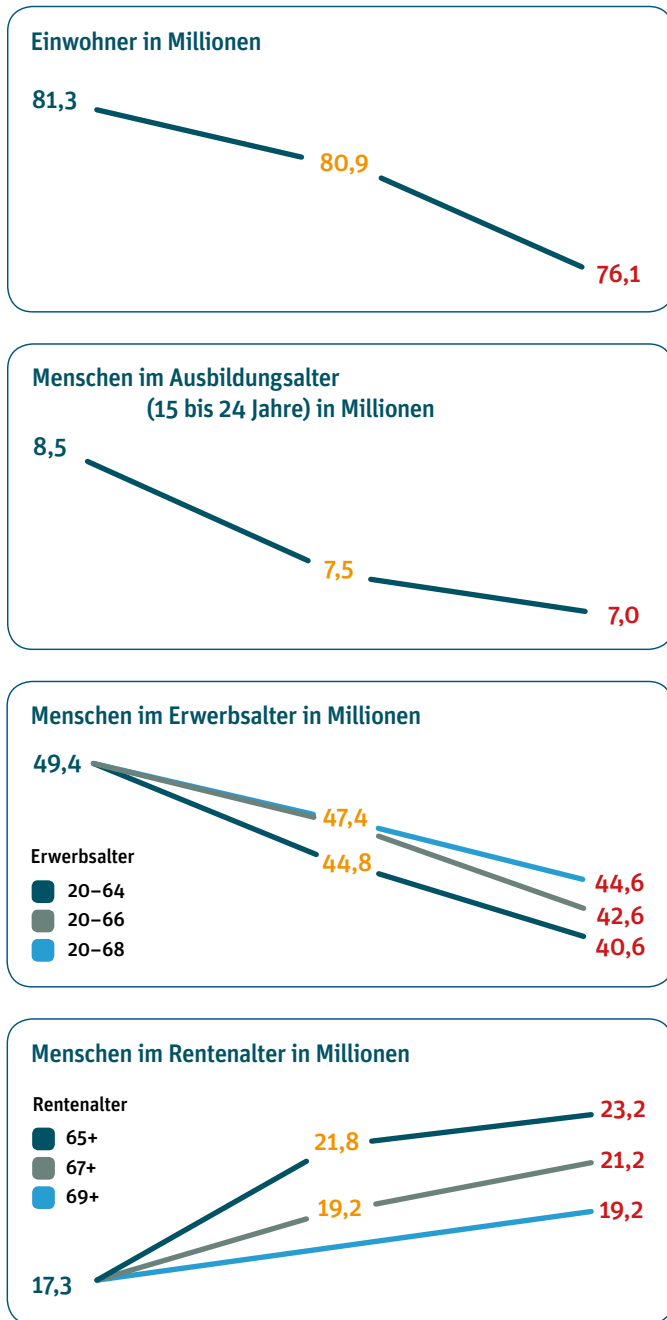
der Unternehmen zwischen 2015 und 2030 im Schnitt um sechs Jahre, was sich auf Produktivität und Innovationskraft sowie auf die Wahrscheinlichkeit neuer Firmengründungen auswirken dürfte. Diese kleiner und älter werdende Schar von potenziellen Einzahlern in die Sozialsysteme muss so produktiv sein, dass sie eine Zahl von Ruheständlern versorgen kann, die im gleichen Zeitraum von 17,3 auf 21,2 Millionen anwächst.

Ein weiter angehobenes Renteneintrittsalter von 69 Jahren könnte den Verlust an Arbeitskräften und die Belastung der Sozialsysteme abfedern. Hinter einer Rente mit 69 steht die Idee, den zu erwartenden weiteren Anstieg der Lebenserwartung zu zwei Drittel der Arbeitszeit und zu einem Drittel dem Ruhestand zuzuschlagen. Dies entspräche exakt dem heute praktizierten Verhältnis zwischen Erwerbs- und Nacherwerbsphase, denn im Schnitt arbeiten die Menschen in Deutschland 40 Jahre und verbringen 20 Jahre in Rente oder Pension (Abb. 4, S. 9).¹²

Auch die Gesundheits- und Pflegesysteme stehen vor einer Kostensteigerung, vor allem weil die Zahl der Hochbetagten überproportional steigt, die häufig auf pflegerische Unterstützung angewiesen sind: Nach derzeitigen Berechnungen wird 2050 jeder achte in Deutschland Lebende mindestens 80 Jahre alt sein.

Kämen dauerhaft mehr Menschen aus anderen Ländern zum Leben und Arbeiten nach Deutschland, ließe sich diese Entwicklung abmildern, aber nicht grundsätzlich verhindern. Zuwanderer müssten zudem, um den Nachwuchsmangel ökonomisch zu kompensieren, wirtschaftlich so produktiv sein wie die Durchschnittsbevölkerung. Dies sind sie allerdings heute nicht. Auch die heutigen Flüchtlinge können es in absehbarer Zeit nicht sein (siehe S. 10).

Abb. 4: Wie sich Deutschlands Bevölkerung von heute bis 2030 bzw. bis 2050 vermutlich verändern wird



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)¹⁰

Weniger und älter – trotz Zuwanderung

Der amtlichen Bevölkerungsvorausschau zufolge dürfte sich die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen mittelfristig verringern. Und zwar unter der Annahme, das pro Jahr im Saldo 200.000 Zuwanderer ins Land kommen. Künftig wird es vor allem an Nachwuchs im Ausbildungsalter fehlen, also an jungen Kräften für den Arbeitsmarkt. Die weniger werdenden Menschen im Erwerbsalter müssen dann so produktiv sein, dass sie die wachsende Zahl an Personen im Ruhestand finanzieren können. Einfacher wird das, wenn das Rentenalter, wie geplant, auf 67 Jahre steigt. Würde man das Verhältnis aus Arbeits- und Ruhestandsphase auf heutigem Niveau belassen, müsste das Rentenalter angesichts der permanent steigenden Lebenserwartung sogar auf 69 Jahre steigen.

Auf und Ab bei der Zuwanderung – wirtschaftlich und politisch begründet

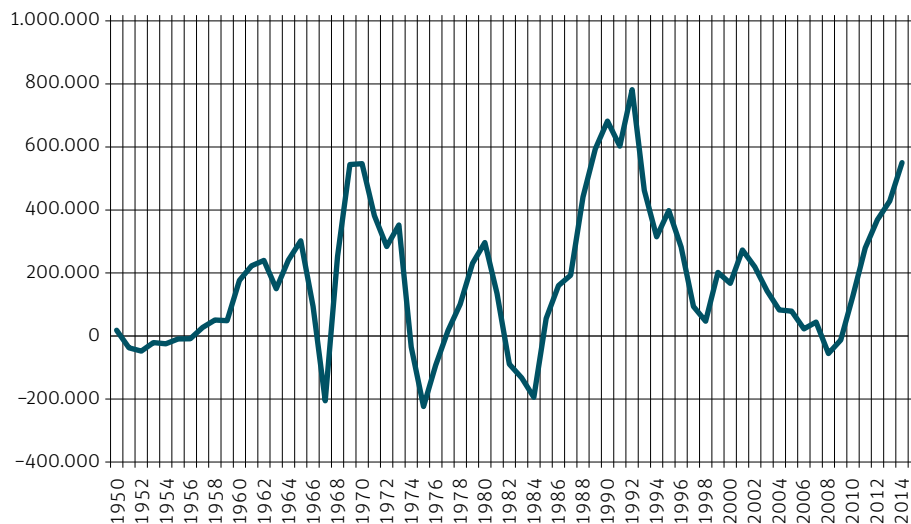
Aufgrund der seit Jahrzehnten niedrigen Fertilitätsraten verzeichnet Deutschland seit 1972 in jedem Jahr einen Überschuss der Sterbefälle über die Geburten. Ohne Zuwanderung wäre die Bevölkerung seither um einige Millionen geschrumpft – tatsächlich ist sie aber um 3,5 Millionen gewachsen. Die Zuwanderungssalden waren dabei von Jahr zu Jahr sehr unterschiedlich, was sich aus der jeweiligen wirtschaftlichen Lage sowie aus einer stark schwankenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern erklärt (Abb. 5, S. 10). Hohe Zuwanderungszahlen gab es während der Anwerbung der sogenannten Gastarbeiter in den 1960er- und 1970er-Jahren, als der jährliche Wanderungsüberschuss zeitweilig bei über einer halben Million lag. Zwischenzeitliche Rezessionsjahre während der Ölkrise führten zu Nettoverlusten von bis zu 200.000 im Jahr. Der nach dieser Krise verhängte Anwerbestopp von 1973 bremste die Zuwanderung. Doch als viele der damals vier Millionen meist männlichen Ausländer ihre Familienangehörigen, also Frauen und Kinder, aus der Heimat nachholten, stiegen die Migrantenzahlen wieder.¹³

Weil als Gastarbeiter überwiegend geringqualifizierte ins Land geholt wurden und der Bildungsstand der nachgezogenen Familienmitglieder noch schlechter war, gleichzeitig aber keinerlei Integrationsbemühungen oder Sprachkurse stattfanden, übertrug sich die Bildungsferne fast automatisch auf den Nachwuchs der Gastarbeiter. Diese Defizite sind bis heute spürbar und sie zeigen sich in durchschnittlich niedrigen Bildungsabschlüssen der zweiten und dritten Generation, in einer Arbeitslosenquote in der Migrantenvölkerung, die etwa doppelt so hoch ist wie unter Einheimischen und in einer hohen Abhängigkeit von Transferleistungen.¹⁴

Zuwanderung nach dem Zufallsprinzip

Anders als etwa in Kanada, das jedes Jahr gezielt Migranten in gleichmäßigen Zahlen anwirbt, verläuft die Zuwanderung in Deutschland eher erratisch. Zu Zeiten der Gastarbeiteranwerbung oder nach Ende des Kalten Krieges kamen viele Menschen aus anderen Ländern. In Rezessionsjahren verließen mehr Personen das Land, als hinzukamen, wie zuletzt nach der globalen Finanzkrise 2008. Jüngst haben Flüchtlinge für eine starke Zuwanderung gesorgt. Auch wenn offizielle Daten für 2015 noch nicht vorliegen, dürften es im Saldo über eine Million gewesen sein. Im langjährigen Mittel verzeichnet Deutschland ein Wanderungsplus von 200.000 Menschen.

Abb. 5: Wanderungssaldo zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland, 1950 bis 2014 (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt)³⁶



Mit dem Ende der Sowjetunion und dem Fall des Eisernen Vorhangs Ende der 1980er-Jahre stiegen die Zuwanderungszahlen wieder. Binnen anderthalb Jahrzehnten kamen rund drei Millionen Spätaussiedler und während der Kriegswirren im ehemaligen Jugoslawien etwa 800.000 Asylsuchende aus dem Balkan nach Deutschland. Anfang der 1990er-Jahre verbuchte Deutschland Rekordzahlen von im Saldo rund 800.000 Zuwanderern pro Jahr. Nach offizieller Lesart war Deutschland zu dieser Zeit noch immer kein Einwanderungsland, weshalb auch keine nennenswerten Integrationsbemühungen stattfanden.

Die nachfolgende Verschärfung des Asylrechts 1993 und das natürliche Ende der Spätaussiedlermigration ließen die Zuwandererzahlen in den 1990er-Jahren wieder deutlich sinken. Weil zudem der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften während der Finanzkrise von 2007/2008 einbrach, verzeichnete Deutschland für eine kurze Zeit einen negativen Wanderungssaldo: Es zogen mehr Menschen aus Deutschland fort als hineinkamen. Erst mit dem wieder wachsenden Arbeitskräftebedarf, mit der Wirtschafts-

krise in den südlichen EU-Ländern und der 2011 eingeführten, 2014 auf Rumänien und Bulgarien ausgeweiteten Arbeitnehmerfreizügigkeit stiegen die Zuwanderungszahlen erneut deutlich an.¹⁵

In der jüngeren Vergangenheit hat sich die Art der Zuwanderung nach Deutschland grundlegend verändert: Es kamen vermehrt Personen mit hoher Qualifikation, u.a., weil ihnen der deutsche Arbeitsmarkt gute Chancen bot. Seit Ende der 1990er-Jahre war unter den Zugewanderten der Anteil von Akademikern höher als in der einheimischen Bevölkerung. Der Anteil jener ohne jeden Schulabschluss hatte sich gegenüber der Gastarbeitermigration etwa halbiert. Er lag aber immer noch fast zehnmal höher als unter den Einheimischen.¹⁴ Diese Zuwanderung weist somit eine Polarisierung an beiden Enden der Bildungsskala auf – mit vielen Hochqualifizierten, aber auch vielen Geringqualifizierten (Abb. 6, S. 11).

Von 2012 an erhöhte sich dann die Zahl der Asylsuchenden aus Krisenstaaten wie Eritrea, Syrien oder Irak wie auch die der Wirtschaftsmigranten aus den Balkanstaaten, die nicht Teil der EU sind. 2013 lag die Nettozuwanderung bei 437.000. 2014 hatte sie 550.000 erreicht und für 2015 wird der Zuwanderungsrekord von Anfang der 1990er-Jahre mit Sicherheit deutlich übertroffen. Neueste Zahlen legen nahe, dass allein der Wanderungsüberschuss durch Asylsuchende für 2015 bei rund einer Million liegt.¹⁶ Unter den OECD-Ländern wäre Deutschland damit für Zuwanderer attraktiver geworden als die USA, traditionell das Einwanderungsland Nummer eins.

Mit der jüngsten Flüchtlingswelle hat sich erneut auch das Qualifikationsniveau der Neuankömmlinge verändert, denn deren berufliche Qualifikation ist im Durchschnitt deutlich geringer als die der einheimischen Bevölkerung und ebenso als die der schon in Deutschland lebenden Migranten. Nach ersten Analysen haben die Flüchtlinge des Jahres 2015 zu 71 Prozent keinerlei Berufsabschluss.¹⁷ Umso mehr bedürfen sie intensiver

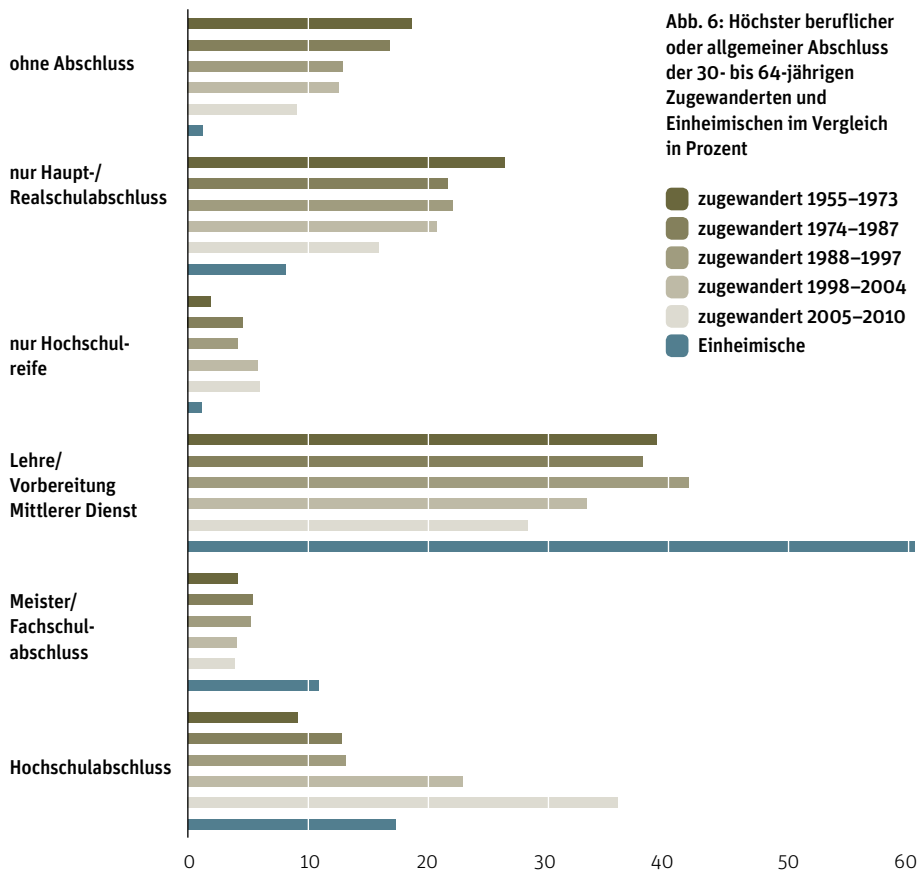
Zuwanderer immer besser qualifiziert

Während zur Zeit der Gastarbeiteranwerbung überwiegend Personen mit geringer oder ohne Qualifikation nach Deutschland kamen, finden sich seit 1998 unter den Zuwanderern anteilmäßig mehr

Akademiker als unter Einheimischen. Das liegt vor allem an Migranten aus anderen EU-Ländern. Zu den derzeitigen Flüchtlingen gibt es noch keine verlässlichen Daten – sie dürften den Bildungsstand der Zuwanderer aber wieder deutlich nach unten drücken.

Deutschland ist schon lange Einwanderungsland

Im Jahr 2014 hatten 16,4 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund, waren also definitionsgemäß entweder Ausländer, Eingebürgerte oder hatten zumindest einen Elternteil, auf den das zutrifft. Diese Personen machen heute gut ein Fünftel der Gesamtbevölkerung aus, wobei die Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund einen deutschen Pass besitzt. Weil Migranten im Schnitt jünger sind als Einheimische und im Mittel mehr Kinder bekommen als diese, stellen sie in den jüngeren Jahrganggruppen bereits ein Drittel der Bevölkerung. Entsprechend verliert die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund an Bedeutung – zwischen 2011 und 2014 ging ihre Zahl um 885.000 Personen beziehungsweise ihr Anteil 1,4 Prozent zurück.¹⁸



(Datengrundlage: Mikrozensus 2010, SUF, eigene Berechnung)³⁷

Bildungs- und Integrationsanstrengungen, damit sie möglichst rasch zu produktiven und gleichwertigen Mitgliedern der Gesellschaft werden können – oder für den Fall, dass sie bald wieder in ihre Heimat zurückkehren, dies mit einem Gewinn tun können.

Bei all diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, dass der Integrationsbedarf weitaus höher ist als die reine Nettozuwanderung. Denn

von den Menschen, die nach Deutschland kommen, gehen erfahrungsgemäß rund zwei Drittel im Laufe der Zeit wieder in ihre Heimatländer zurück oder wandern in andere Länder weiter. Wenn also im langjährigen Schnitt 200.000 Zuwanderer dauerhaft in die Gesellschaft aufgenommen werden sollen, als Arbeitskräfte, Mitbürger und Steuerzahler, dann müssen dafür jährlich 600.000 Personen einwandern und zumindest vorübergehend integriert werden.

Unterschiedliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland

Der demografische Wandel der beiden über Jahrzehnte getrennten deutschen Staaten verlief einerseits nach dem gleichen Muster, andererseits aber in sehr unterschiedlicher Ausprägung. So gab es auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze in den 1960er-Jahren einen Babyboom, dem auf beiden Seiten der gleiche „Pillenknick“ folgte. Doch in vielen anderen demografischen Parametern gingen BRD und DDR getrennte Wege.

Beispielsweise war die einstige DDR bei ihren eigenen Bewohnern ein höchst unbeliebtes Land. Dies zeigte sich an der hohen Abwanderung, die der Staat zu unterbinden suchte, indem er von 1961 an mit Mauer und Stacheldraht die Menschen am Fortgehen

hinderte und „Republikflucht“ unter Strafe stellte. Trotzdem hat die DDR durch legale Ausreise, Ausweisung und Flucht in jedem einzelnen Jahr ihrer Existenz von 1949 bis 1990 Einwohner verloren – insgesamt 3,8 Millionen, während im gleichen Zeitraum lediglich 400.000 Menschen aus dem Westen in die DDR einwanderten. Auch wenn die DDR anders als die BRD längere Zeit einen Geburtenüberschuss¹⁹ verzeichnete, sank im Osten Deutschlands die Einwohnerzahl von 18,8 auf 16,4 Millionen, während die Bundesrepublik von 51 auf 63 Millionen wuchs – überwiegend durch Zuwanderung aus dem Ausland.²⁰

Die Familienpolitik in der DDR war moderner als im Westen

Ebenfalls unterschiedlich fiel die Reaktion der beiden deutschen Regierungen auf den massiven Einbruch der Fertilitätsraten Anfang der 1970er-Jahre auf 1,5 Kinder je Frau aus. Den Verantwortlichen in der DDR war klar, dass bei anhaltend niedrigen Kinderzahlen mit einem dramatischen Rückgang der Bevölkerung zu rechnen war, der sich nicht so einfach wie im Westen durch Zuwanderung kompensieren ließ. Während im Westen aus historischen Gründen eine geburtenfördernde Politik tabu war, lancierte die SED-Führung ein Paket aus verschiedenen familienpolitischen und pronatalistischen Maßnahmen: Sie hob das Kindergeld an, baute die Betreuungsbedingungen aus und schuf verschiedene Vergünstigungen für Familien, sogenannte „Ehekredite“, die sich mit Geburt eines Kindes teilweise, beim dritten Kind sogar komplett tilgen ließen.

Aus diesen Interventionen resultierte ein Geburtenanstieg auf 1,9 Kinder je Frau, der unter der Bezeichnung „Honecker-Buckel“ bekannt ist, während die Kinderzahlen im Westen unverändert bei 1,4 verharrten. Die DDR-Familienpolitik verlor zwar über die Jahre ihre Wirkung und zur Zeit des Mauerfalls lag die Ost-Fertilitätsrate wieder bei 1,6, also nahe dem westdeutschen Wert. Aber der Einfluss auf die Gesellschaft war unübersehbar: Die Vergünstigungen für Familien und die besseren Betreuungsbedingungen hatten dazu geführt, dass die Frauen in der DDR nicht nur mehr Kinder bekamen als im Westen, sondern auch im Schnitt drei Jahre früher. Eine Familie zu gründen, war in der DDR „normaler“ als in der BRD. Auch der Anteil kinderloser Frauen lag im Osten zur Wende mit 7 Prozent deutlich unter dem Westniveau von 18 Prozent. Eine wichtige Folge dieser Entwicklung: Die DDR-Bevölkerung war 1989 im Schnitt um drei Jahre jünger als jene im Westen.²⁰

Einer der größten Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Müttern fand sich im Anteil der außerehelichen Geburten: Weil praktisch alle Frauen in der DDR einer bezahlten Arbeit nachgingen und im sozialistischen Ideal Kinder und Beruf zusammengehörten, waren Frauen hier wirtschaftlich unabhängiger als im Westen. Sie konnten also leichter auch ohne Trauschein beziehungsweise ohne versorgenden Lebenspartner Kinder bekommen. Unverheiratete Frauen konnten zudem schon beim ersten Kind eine einjährige Erziehungspause bei voller Lohnfortzahlung einlegen, verheiratete erst beim zweiten Kind. Zum Ende der DDR lag der Anteil der unehelich geborenen Kinder bei 30 Prozent, im Westen hingegen bei 10 Prozent. Diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Vorstellungen blieben auch nach der Wende erhalten: Heute liegt die Quote der unehelich geborenen Kinder im Osten bei 62 und im Westen bei 29 Prozent.²¹

Verwerfungen nach dem Mauerfall

Der demografische Vorsprung der DDR gegenüber der BRD – die Menschen waren jünger und hatten mehr Kinder – verflog nach der Wende binnen kürzester Zeit: Aufgrund der wirtschaftlichen Umbrüche und der rasch wachsenden Arbeitslosigkeit verließen unterm Strich 1,8 der ursprünglich 16,4 Millionen ehemaligen DDR-Bürger den Osten Deutschlands gen Westen. Schon vor der Wiedervereinigung, in den Jahren 1989 und 1990, waren es jeweils fast 400.000. Sämtliche alten Bundesländer profitierten damals von der Ost-West-Wanderung, insbesondere aber die wirtschaftsstarke Region im Süden der Republik. Sie gewannen Arbeitskräfte und Steuerzahler hinzu. Über die Hälfte der Wanderungsverluste gingen auf das Konto der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 30 Jahren. Sie waren mehrheitlich hoch qualifiziert und überwiegend weiblich. Der Osten verlor nicht nur seine besten Köpfe, sondern mit den jungen Frauen auch sein demografisches Potenzial. Als Folge entstand in den späten 1990er-Jahren unter den 19- bis 28-Jährigen ein Männerüberschuss von 10 Prozent, in manchen ländlichen Regionen von bis zu 30 Prozent. Dabei waren es vor allem gering qualifizierte junge Männer, die in den peripheren Gebieten zurückblieben.²² Erst seit 2012 ist der Wanderungssaldo zwischen Ost und West ausgeglichen.²⁰

Auch seinen Status als vergleichsweise kinderreiche Region verlor der Osten Deutschlands: Neun Monate nach der Wiedervereinigung sackte die Fertilitätsrate rapide ab und erreichte bald einen Wert von knapp 0,8 Kindern je Frau. Dies war der niedrigste Wert, der jemals außerhalb von Kriegszeit in einem (ehemaligen) Land gemessen wurde. Der Rückgang geht vor allem auf die

wirtschaftlichen Unsicherheiten und gesellschaftlichen Umbrüche der Nachwendzeit zurück. Viele junge Frauen entschieden sich, erst einmal mit dem Kinderkriegen abzuwarten, sodass sich das Alter bei der Geburt des ersten Kindes schnell dem um drei Jahre höheren Westwert annäherte. In dieser Zeit sank die Zahl der Neugeborenen im Osten auf die Hälfte, sodass in der Folge über 2.000 Schulen geschlossen werden mussten.²² Ende der 2000er-Jahre erlebten die neuen Bundesländer einen Mangel an Auszubildenden, dann an Studenten und mittlerweile an potenziellen Familiengründern.

Erst Ende der 2000er-Jahre erreichte die Fertilitätsrate wieder den Durchschnittswert der Republik von etwa 1,4 Kindern je Frau. Heute bekommen die Frauen in den neuen Bundesländern sogar wieder etwas mehr Kinder als in den alten, was vor allem darin begründet ist, dass im Osten weniger Frauen kinderlos bleiben. Ihr Anteil liegt für die Geburtsjahrgänge 1968 bis 1972, also bei jenen Frauen, die ihre fertile Phase abgeschlossen haben, bei 15 Prozent, im Westen hingegen bei 23 Prozent.²⁰

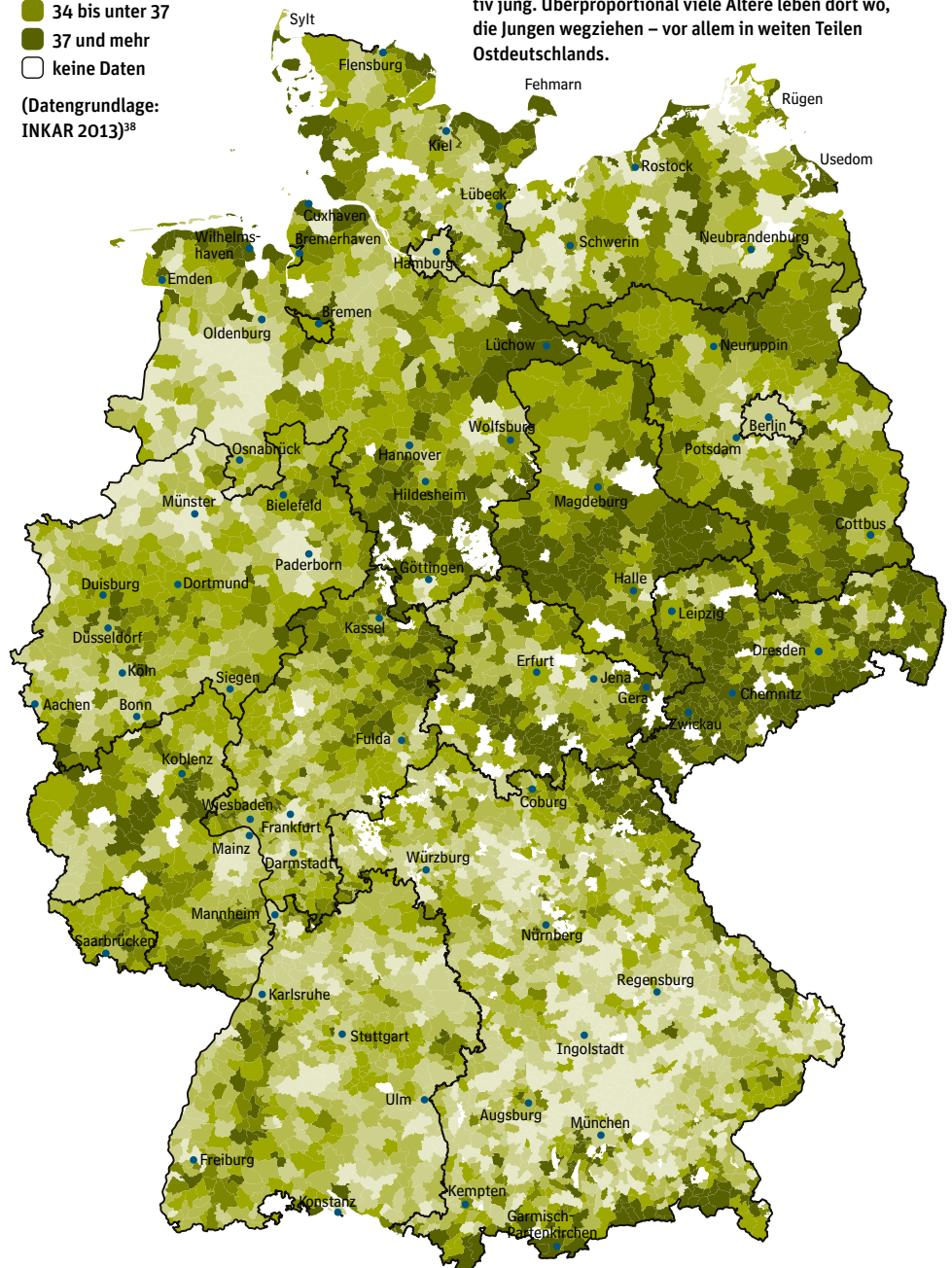
Alter Osten

Abwanderung und vorübergehender Geburteneinbruch haben die Bevölkerung in Ostdeutschland auf einen anderen Kurs geschickt als im Westen. Aus den „jungen“ Bundesländern nach der Wende sind längst die ältesten geworden. Das Verhältnis der unter 20-Jährigen gegenüber den 20-bis 64-Jährigen sank zwischen 1991 und 2013 von 40 auf knapp 25 Prozent; im Westen nur von 33 auf 31 Prozent. Dagegen stieg das Verhältnis der über 64-Jährigen zu der Erwerbsbevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren von 23 auf 39 Prozent; im Westen aber nur von 24 auf 33 Prozent.²⁰

Abb. 7: Anzahl der über 64-Jährigen je 100 Personen im Alter von 15 bis 64 Jahre, 2011

- unter 25
- 25 bis unter 28
- 28 bis unter 31
- 31 bis unter 34
- 34 bis unter 37
- 37 und mehr
- keine Daten

(Datengrundlage: INKAR 2013)³⁸



Wirtschaft lockt junge Menschen an

Dass Deutschland altert, hat sich herumgesprochen. Dieser Prozess verläuft allerdings regional sehr unterschiedlich. Wo die Wirtschaft boomt und junge Menschen hinziehen und/oder viele Kinder geboren werden, etwa in Westniedersachsen oder im Süden der Republik, ist die Bevölkerungsstruktur noch relativ jung. Überproportional viele Ältere leben dort wo, die Jungen wegziehen – vor allem in weiten Teilen Ostdeutschlands.

Der Osten durchlebt somit den demografischen Wandel im Eiltempo und hat weniger Zeit, sich an die Veränderungen anzupassen. Während in typischen Universitätsstädten des Westens wie Heidelberg oder Freiburg, aber auch im kinderreichen Oldenburger Münsterland nur jeder dritte Einwohner im Rentenalter ist, ist der Anteil der über 64-Jährigen in vielen Gemeinden im Osten doppelt so hoch. Diese Regionen und Kommunen stehen damit vor einem besonders großen Problem bei der künftigen Betreuung pflegebedürftiger und in verstärktem Ausmaß an Demenz leidender Personen. Dies gilt nicht nur, weil die Alterung des Ostens schneller fortschreitet als im Westen, sondern auch, weil durch die Fortzüge nach der Wende viele Kinder nicht mehr in der Nähe ihrer alten Eltern leben und es generell an jungen Menschen mangelt, die Pflegeberufe ergreifen.²³

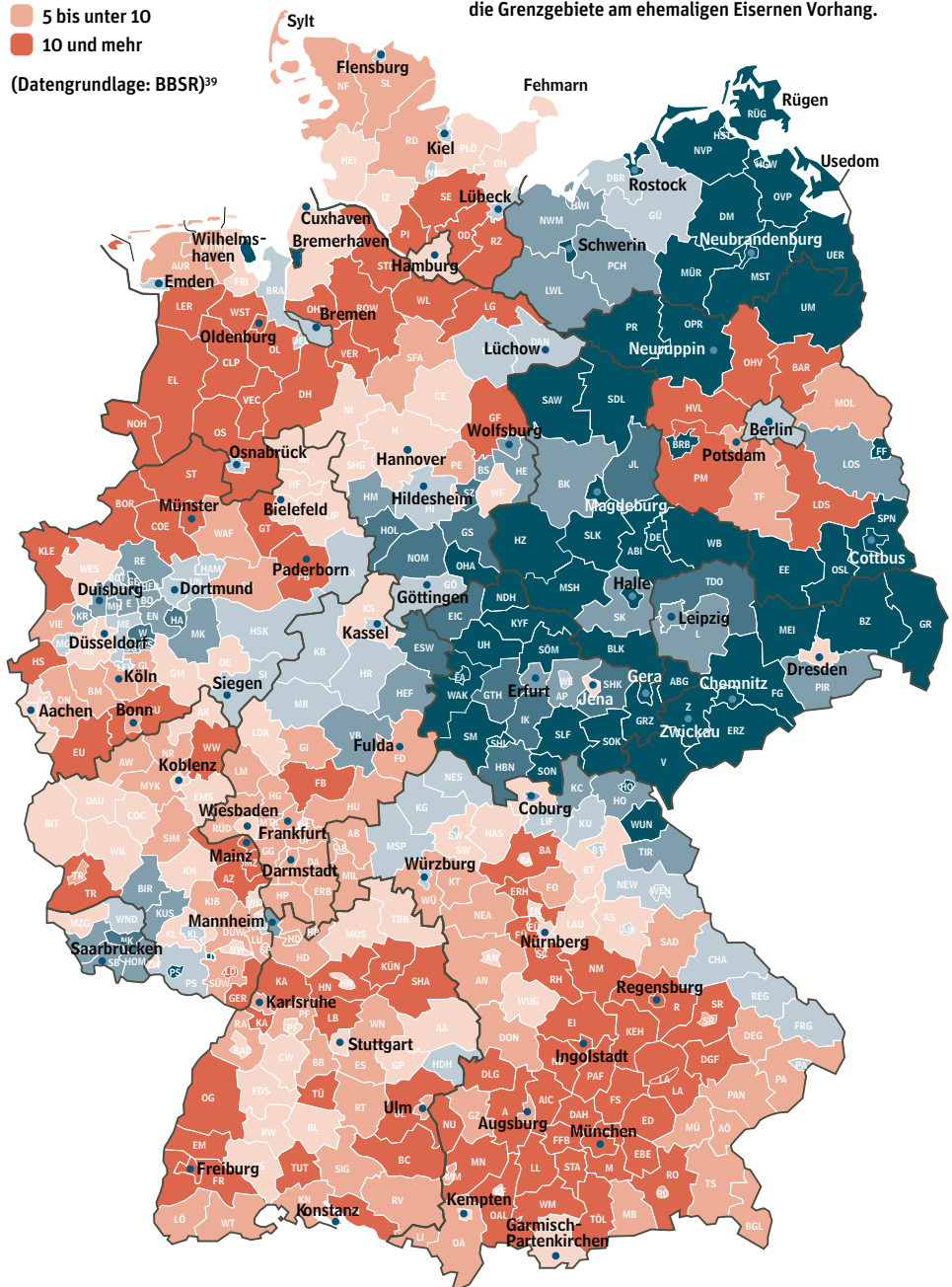
Damit wächst die Gefahr der Vereinzelung, die ohnehin im Vormarsch ist. Denn viele Ältere verlieren ihren Lebenspartner, was vor allem Frauen trifft, weil sie meist die jüngeren in einer Partnerschaft sind und zudem eine höhere Lebenserwartung haben. Auch die hohen Scheidungs- und Trennungsraten tragen zur Vereinzelung bei.

Generell gibt es in Deutschland immer mehr Menschen, die nicht mit einem Partner zusammenwohnen oder nie Kinder bekommen haben. Entsprechend wächst der Anteil der Haushalte, in denen nur eine Person lebt. Er stieg von 1992 bis heute von 34 auf über 40 Prozent. Über ein Drittel dieser Singlehaushalte wird von über 65-Jährigen geführt, von denen über ein Viertel verwitwet und knapp ein Fünftel geschieden ist. Diese alleinstehenden Älteren sind vermehrt auf die Hilfe der Kommunen, von Pflegediensten oder von ehrenamtlichen Unterstützern angewiesen. Heute werden noch 70 Prozent der

Abb. 8: Entwicklung der Einwohnerzahl zwischen 1990 und 2012 in Prozent

- unter -15
- -15 bis unter -10
- -10 bis unter -5
- -5 bis unter 0
- 0 bis unter 5
- 5 bis unter 10
- 10 und mehr

(Datengrundlage: BBSR)³⁹



Geteiltes Land

Seit der Wiedervereinigung hat es in Deutschland erhebliche demografische Verschiebungen gegeben. Abwanderung und Geburteneinbruch in den 1990er Jahren haben den Osten auf Schrumpfkurs geschickt. Aber auch die altindustriellen Reviere an Ruhr und Saar im Westen haben Bevölkerung verloren, ebenso die Grenzgebiete am ehemaligen Eisernen Vorhang.

Pflegebedürftigen zu Hause versorgt, davon zwei Drittel hauptsächlich von Angehörigen, oft von einer Tochter oder Schwiegertochter. Doch diese Form der häuslichen Pflege verliert aufgrund der sich verändernden Familienstrukturen und der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen immer mehr an Bedeutung.²⁴

Auch Zuwanderung kann den Abwärtstrend im Osten nicht bremsen

Zwischen 1990 und 2012 haben 66 von 76 Landkreisen und kreisfreien Städten im Osten Bevölkerung verloren, zum Teil erheblich (Abb. 8, S. 14). Dieser Trend wird sich aufgrund der heutigen Altersstruktur verstärkt fortsetzen. Er wird bis dato auch kaum durch die derzeitige hohe bundesweite Zuwanderung gebremst.

Traditionell hatte der Osten Deutschlands in den Zeiten der Teilung nur wenige Zuwanderer aus anderen Weltregionen gewinnen können. Bis Mitte der 1980er-Jahre kamen etwa eine halbe Million Menschen als Arbeitskräfte aus „sozialistischen Bruderstaaten“ wie China, Kuba, Angola oder Mosambik in die DDR, deren Aufenthalt aber strikt begrenzt war. Eine Integration oder ein Austausch mit der einheimischen Bevölkerung war ausdrücklich unerwünscht. Zur Wende lebten 190.000 Ausländer in der DDR, von denen danach viele in ihre Heimat zurückkehrten. Weil der angespannte Arbeitsmarkt im Osten Deutschlands seither kaum einen Zuzug von Menschen aus dem Ausland befördert hat, beträgt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den ostdeutschen Flächenländern lediglich 4 bis 5 Prozent; in den großen Flächenländern des

Westens und in den Stadtstaaten inklusive der Hauptstadt Berlin hingegen über 25 Prozent. Interessanterweise haben Migranten im Osten, anders als im Westen, deutlich bessere Bildungsabschlüsse als die einheimische Bevölkerung. Sie können sich aber dennoch auf dem schwachen Arbeitsmarkt nur schwer behaupten.²⁵

Obwohl derzeit Flüchtlinge nach dem Königsteiner Schlüssel auch auf die Gebiete im Osten Deutschlands verteilt werden, ist kaum damit zu rechnen, dass diese längerfristig dort bleiben werden und damit den Bevölkerungsschwund wesentlich abmildern: Anerkannte Asylbewerber können ihren Wohnort frei wählen und sie gehen dann erfahrungsgemäß dorthin, wo sie Arbeit finden, wo sie bereits bestehende Migrantennetzwerke vorfinden oder wo eine Willkommenskultur sie einlädt zu bleiben.

Landflucht und die Renaissance der Städte

Was im Osten Deutschlands schon vor 25 Jahren deutlich wurde, ist mittlerweile zu einem bundesweiten Phänomen geworden: Vor allem junge Menschen zieht es verstärkt in die urbanen Zentren, während die peripher gelegenen ländlichen Gebiete kontinuierlich Bevölkerung verlieren.

Der Niedergang der ländlichen Räume hat verschiedene Gründe:

■ **Erstens** liegen die Kinderzahlen auf dem Land heute so niedrig wie in den Städten. Während früher die Dörfer ihren Überschuss an Menschen stets an die Städte abgaben und so das urbane Wachstum förderten, ohne selbst zu schrumpfen, verlieren sie heute junge Menschen auf der Suche nach einer Ausbildung oder einem Job, ohne die Lücken aus eigener Kraft füllen zu können.

■ **Zweitens** entstehen neue Arbeitsplätze in modernen Wissensgesellschaften dort, wo sich eine kritische Masse an Unternehmen, Forschungseinrichtungen und klugen Köpfen findet – also in den Ballungsräumen und kaum auf dem Lande.

■ **Drittens** haben sich in den ländlichen Gebieten die infrastrukturellen Versorgungsbedingungen durch den Wegzug vieler Menschen bereits deutlich verschlechtert. Schulen und Geschäfte schließen, der Nahverkehr dünnt aus, Arztpraxen machen dicht, und dieser Rückzug treibt weitere Personen in die Zentren.

■ **Viertens** steigen bundesweit, also auch auf dem Land, die Bildungswerte, was dafür sorgt, dass immer mehr junge Menschen nach ihrer Schulzeit eine Ausbildung an einer Hochschule in einer größeren Stadt aufnehmen.

■ **Fünftens** haben sich viele Städte in den vergangenen Jahrzehnten einer Erneuerungskur unterzogen, sie haben attraktiven Wohnraum geschaffen, alte Industriebrachen und Gleisanlagen rekultiviert sowie die Betreuungsbedingungen für Kinder verbessert. Weil zudem immer mehr Paare Doppelverdiener sind und zunehmend weite Pendelfahrten zum Arbeitsplatz scheuen, sind Städte gerade für junge Familien wieder zu einem attraktiven Wohnstandort geworden.

Inzwischen stabilisieren sich oder wachsen sogar große und mittlere Städte im Osten Deutschlands wieder, die nach der Wende jahrelang Bevölkerung verloren hatten. Dies gilt für insgesamt 15 Prozent der ostdeutschen Gemeinden, während die große Mehrheit nach wie vor schrumpft.²⁶ Im Umland

dieser Zentren hat sich aufgrund der ohnehin dünnen Besiedlung in den ländlichen Abwanderungsgebieten die Versorgungslage stark verschlechtert, sodass mittlerweile selbst ältere Menschen in die nächste größere Stadt ziehen, weil sie dort barrierefreien Wohnraum und den kurzen Weg zum Einkaufen oder zum Arzt finden.

Die Renaissance der Städte lässt sich allerdings nicht bundesweit beobachten. Sie findet nur dort statt, wo ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen gegeben ist. Viele Städte in den alten Industrievieren des Ruhrgebietes und des Saarlandes oder Küstenstandorte wie Bremerhaven, Kiel und Lübeck haben Bevölkerung verloren. Dort herrschen durch den Wegfall von Arbeitsplätzen in Schwerindustrie, Bergbau und Werften grundsätzlich ähnliche wirtschaftliche und entsprechend auch demografische Bedingungen wie in weiten Teilen Ostdeutschlands.

Für die vom Bevölkerungsschwund betroffenen Gemeinden stellen sich die größten Probleme bei der Anpassung an den demografischen Wandel. Ihnen fehlen nicht nur Steuer- und Gebührenzahler, sondern es steigen auch die Kosten der kommunalen Infrastruktur, etwa für die Kläranlagen. Der lokale Handel leidet unter der sinkenden Kaufkraft. Diese Kommunen sind auch überproportional von der Alterung betroffen. Sie haben es meist mit einer Vielzahl von sozialen Schief lagen zu tun, die sie trotz angespannter Haushaltslage bewältigen müssen.

Was bringt die Zukunft?

Selbst wenn die Menschen in Deutschland wieder mehr Kinder in die Welt setzen würden, hätte das wenig Einfluss auf die weitere demografische Entwicklung. Ein Anstieg der Fertilitätsraten auf 1,6 oder 1,7 Kinder je Frau wäre bereits eine Sensation, aber auch diese Werte würden nichts am Schrumpftrend ändern. Um ihn zu brechen, müsste die Fertilitätsrate deutlich über zwei Kinder je Frau steigen, denn die Zahl der potenziellen Mütter hat sich in den vergangenen Jahrzehnten fast halbiert. Ohnehin erreicht kein entwickeltes Land der Welt (mit Ausnahme Israels) noch eine Fertilität von mindestens 2,1 Kindern je Frau, jenem Wert, bei dem eine Bevölkerung ohne Zuwanderung langfristig stabil bleibt.

Damit ist Deutschland für die absehbare Zukunft darauf angewiesen, sein verfügbares Humanvermögen besser zu nutzen: durch längere Lebensarbeitszeiten, höhere Erwerbsquoten und bessere Bildung – vor allem für jene Bevölkerungsgruppen, die nur gering qualifiziert und überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Als weitere Stellschraube zum Stopfen der demografischen Lücken bleibt die Zuwanderung. Welchen Effekt es hat, wenn ein Land gezielt Migranten fernhält, zeigt sich am Beispiel Japans, wo die Kinderzahlen seit Ende der 1970er-Jahre auf gleichem Niveau wie in Deutschland liegen. Nach offiziellen Vorausberechnungen dürfte Japan bis 2060 rund ein Drittel seiner heute 127 Millionen Einwohner verlieren, bis 2090 die Hälfte. Die gleiche Prognose rechnet damit, dass bis 2060 ein Drittel aller Japaner über 80 Jahre alt ist und dass die Gruppe der über 100-Jährigen mit über einer halben Million so groß ist wie die Gruppe der Neugeborenen bis Einjährigen. Parallel zu der demografischen Entwicklung stagniert auch die japanische Wirtschaft, die seit Mitte der 1990er-Jahre praktisch kein Wachstum mehr aufweist.²⁷ Bislang hat Japan keine Antwort

auf seinen demografisch-ökonomischen Abstieg gefunden, den der Bielefelder Sozialforscher Franz-Xaver Kaufmann wie folgt kommentiert: „Wachsende Anpassungszwänge stoßen im Falle schrumpfender Bevölkerungen auf sinkende Anpassungsfähigkeit. Konflikte tendieren dazu, sich zu verfestigen, anstatt innovative Lösungen zu generieren.“²⁸

Vor dem Ende der europäischen Zuwanderung

Die Zuwanderung nach Deutschland, die bis heute überwiegend aus Europäern besteht, wird sich mittelfristig verändern. Denn in den Ländern Süd- und Osteuropas, die bislang die Hauptquelle sind, liegen die Kinderzahlen zum Teil noch niedriger als in Deutschland, sodass sich das Arbeitskräfteangebot aus dieser Region mittelfristig erschöpfen wird. Auch wenn die Bevölkerung dieser Länder zum Teil noch deutlich jünger ist als hierzulande, stehen sie ebenfalls vor einem Schrumpf- und Alterungsprozess und werden über kurz oder lang selbst Zuwanderung brauchen, die dann nur noch aus Drittstaaten, also von außerhalb der EU kommen kann. Aus eigener Kraft einigermaßen stabil sind nur jene EU-Länder, die Fertilitätsraten zwischen 1,7 und 2,0 Kinder je Frau aufweisen, also Frankreich, Belgien, die Niederlande, Großbritannien, Irland und die skandinavischen Staaten.⁷

Das Migrationspotenzial des 21. Jahrhunderts findet sich somit vor allem in West- und Süd-asien sowie in Afrika und dort in jenen Ländern, deren sozioökonomische Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten ist wie in den Industrie- und Schwellenländern, deren Bildungsstand noch deutlich unter dem globalen Mittelwert liegt, wo die Kinderzahlen je Frau und das Bevölkerungswachstum noch entsprechend hoch sind.

Noch wächst die Weltbevölkerung stark

Zwar hat sich wegen des weltweiten Trends zu kleineren Familien die Wachstumsrate der Menschheit seit den 1960er-Jahren halbiert, als die Furcht vor einer „Bevölkerungsexplosion“ grassierte. Weil sich das „niedrige“ Wachstum allerdings heute auf einer Basis von 7,3 Milliarden Menschen abspielt und damit von doppelt so vielen Menschen ausgeht

wie noch in den 1960er-Jahren, mehrt sich deren Zahl noch immer um den Rekordwert von 80 Millionen im Jahr.⁷ Dieser Zuwachs konzentriert sich fast ausschließlich auf die am wenigsten entwickelten und ärmsten Länder der Erde. Damit grenzt Europa, der Kontinent mit der ältesten Bevölkerung und den niedrigsten Kinderzahlen, nur durch das Mittelmeer getrennt an jene Weltregionen mit den jüngsten Bevölkerungen und den höchsten Kinderzahlen.

Selbst in den ärmsten Staaten Afrikas und Westasiens gehen die Fertilitätsraten seit den 1990er-Jahren zurück. Sie haben aber vor allem in Afrika noch kein Niveau erreicht, das auf eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums auch nur hindeuten könnte. In Ländern wie Niger, Somalia oder Nigeria bekommen die Frauen noch zwischen 7,6 und 5,6 Kinder. Entsprechend geht die mittlere

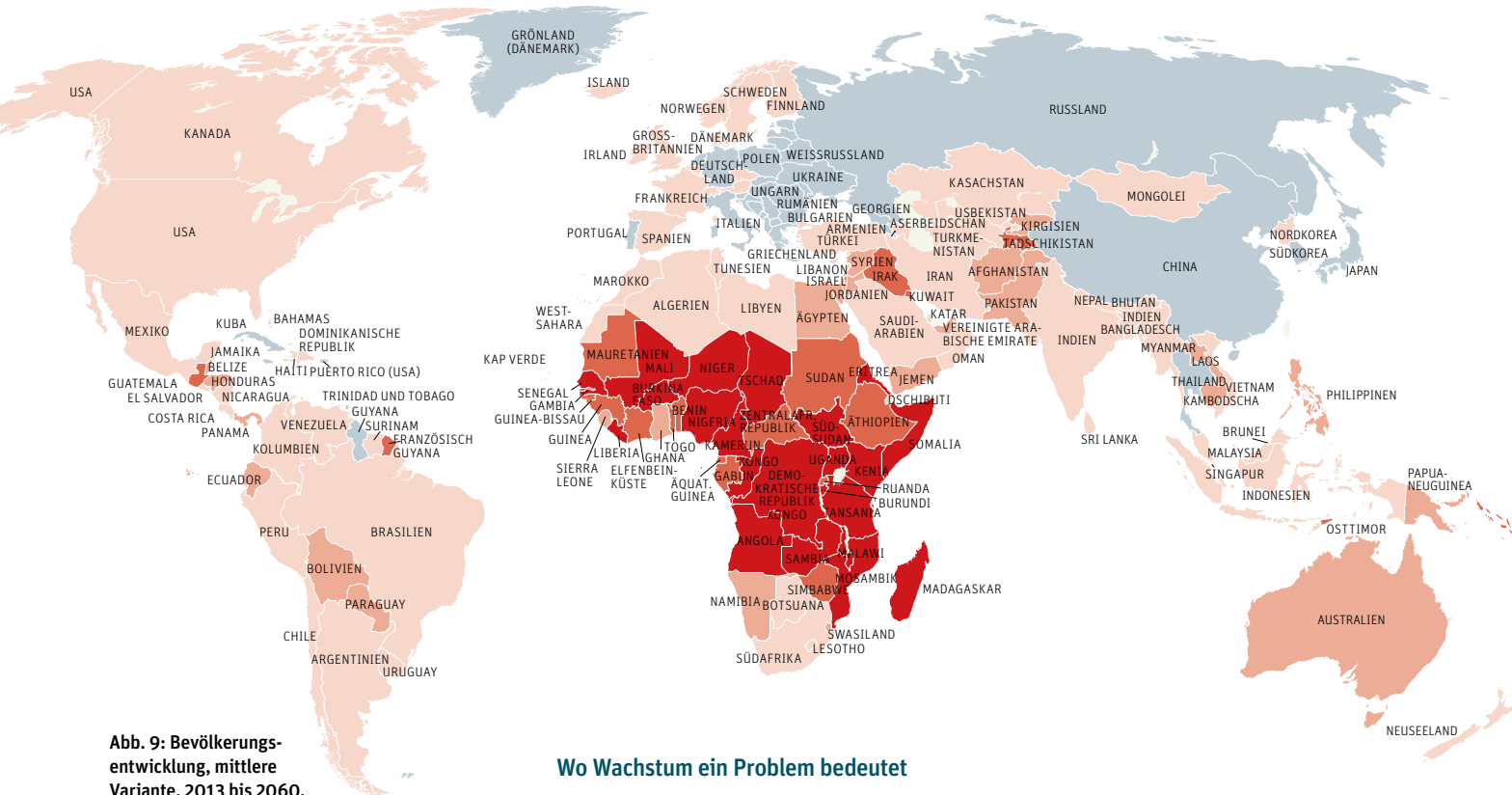


Abb. 9: Bevölkerungsentwicklung, mittlere Variante, 2013 bis 2060, in Prozent

- unter 0
- 0 bis unter 50
- 50 bis unter 100
- 100 bis unter 150
- 150 und mehr

(Datengrundlage: UNPD)²⁹

Wo Wachstum ein Problem bedeutet

Auch wenn in praktisch allen Ländern mittlerweile die Fertilitätsraten sinken, liegen sie vielerorts in Westasien und in Afrika noch so hoch, dass die Bevölkerungen dort weiterhin stark wachsen. Weil in diesen Ländern die Zahl der Arbeitsplätze nicht annähernd so schnell mitwächst, drohen soziale und politische Unruhen, die weitere Flüchtlingswellen nach sich ziehen könnten. Allein in Afrika dürfte sich die Einwohnerschaft bis 2060 mehr als verdoppeln. Nigeria, schon heute das bevölkerungsreichste Land des Kontinents, könnte dann 440 Millionen Menschen zu versorgen haben – annähernd so viele, wie heute in der EU leben.

Variante der UN-Bevölkerungsvorausschätzung davon aus, dass sich die Gesamtbevölkerung in Afrika und dem Nahen Osten bis 2050 von heute 1,3 Milliarden auf dann 2,7 Milliarden etwa verdoppelt. Mehr als die Hälfte des erwarteten globalen Bevölkerungszuwachses findet in diesen beiden Regionen statt. Fünf Länder Afrikas werden dann die 100-Millionen-Grenze überschritten haben: Für Ägypten, Äthiopien, Tansania, Uganda und die Demokratische Republik Kongo werden bis Mitte des Jahrhunderts 136, 166, 129, 104 respektive 194 Millionen Einwohner vorhergesagt. Nigeria liegt schon heute bei 180 Millionen und dürfte bis 2050 auf gut 440 Millionen angewachsen sein. Dagegen dürfte sich die Einwohnerzahl Europas von 743 auf 710 Millionen reduzieren. Die der Europäischen Union mit ihren 29 Mitgliedsstaaten wird sich in etwa auf dem heutigen Niveau von 510 Millionen halten – unter der Annahme, dass die Zuwanderung auf dem Mittelwert der vergangenen Jahre bleibt.²⁹

Das Hauptproblem der wenig entwickelten Länder ist, dass deren Infrastruktur in Form von Schulen, Gesundheitsdiensten und vor allem Arbeitsplätzen nicht mit dem starken Bevölkerungswachstum mithalten kann. Dadurch verstärkt sich vielerorts die Unzufriedenheit junger Menschen, die besonders unter der hohen Arbeitslosigkeit leiden. Die wachsende Zahl von politischen Unruhen und bewaffneten Konflikten und letztlich der Flüchtlingsströme in Westasien und Afrika ist eine Folge dieser sich ausbreitenden Frustration.

Damit erreichen die demografischen Verwerfungen im Laufe des 21. Jahrhunderts ein historisches Maximum. Während sich Europa und Ostasien mit China, Südkorea und Japan vom Bevölkerungswachstum verabschieden, wird es in den heute armen Ländern noch eine ungewisse Zeit anhalten. Aber auch dort ist längerfristig ein Ende des Wachstums wahrscheinlich, denn fast überall verbessern sich der Zugang zu und der Grad an Bildung, auch unterstützt von den Millenniums-Entwicklungszielen der Weltgemeinschaft. Bessere Bildung war in der Vergangenheit stets der Schlüssel für sinkende Kinderzahlen, für eine gesellschaftliche Entwicklung und wachsenden Wohlstand. Die Frage ist lediglich, ob diese Entwicklung schnell genug verläuft, um weitere durch hohes Bevölkerungswachstum ausgelöste Krisen zu verhindern.³⁰

Folgt eine säkulare Stagnation?

Während die eine Hälfte der Welt noch mit den Problemen des Wachstums kämpft, muss sich die andere auf deren Ende vorbereiten: Die heutigen Industriestaaten und die ersten Schwellenländer erleben nicht nur das Ende ihrer demografischen Expansion, sondern auch eine deutliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. In all diesen Ländern sinken die Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes wie auch die Produktivitätszuwächse seit Jahrzehnten kontinuierlich. Für diesen Trend, der in der ökonomischen Fachliteratur unter dem Begriff der „säkularen Stagnation“ gehandelt wird, gibt es verschiedene Gründe: Sättigungseffekte, sinkende Nachfrage, übermäßige Verschuldung und die Alterung der Gesellschaft, verbunden mit dem Ende des Bevölkerungswachstums.³¹

Eine rasch wachsende Zahl von Ländern muss sich daher von den lieb gewonnenen Wachstumserwartungen der Vergangenheit verabschieden. Sie müssen nach Gesellschaftsmodellen suchen, die ein Wohlergehen der Gesellschaft mit nur wenig oder ganz ohne Wachstum garantieren. Es sind die Modelle, die der Club of Rome und andere Umweltinitiativen seit über vier Jahrzehnten aus Gründen der Nachhaltigkeit anmahnen. Bisher gibt es diese Modelle nicht, denn sie kollidieren mit den Grundlagen, auf denen die Staatshaushalte, die Sozialsysteme und Finanzmärkte beruhen: Diese sind für ihre Funktionsfähigkeit nach wie vor auf Wachstum angewiesen.

Wenn es aber die zwangsläufige Folge einer positiven, sehr erfreulichen sozioökonomischen Entwicklung ist, mit wachsendem Wohlstand, mehr Bildung und Gleichstellung der Geschlechter sinkende Kinderzahlen zu erfahren und so in ein Ende des Bevölkerungs- und später auch des Wirtschaftswachstums zu geraten, dann besteht eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts darin, diesen Prozess im Sinne der Menschen planerisch zu begleiten.³²

QUELLEN UND ANMERKUNGEN

- 1 Lutz, Wolfgang; KC, Samir: Global Human Capital: Integrating Education and Population. In: Science, Vol. 333, Nr. 6042, 2011, 587–592. Lutz, Wolfgang; Butz, William P.; KC, Samir (Hg.): World Population & Human Capital in the Twenty-First Century. Oxford University Press, Oxford 2014.
- 2 Coulmas, Florian; Conrad, Harald; Schad-Seifert, Annette (Hg.): The Demographic Challenge. A Handbook about Japan. Brill, Leiden 2008.
- 3 Kreyenfeld, Michaela: Die Geburten- und Familienentwicklung in Deutschland. In: Kaufmann, Franz Xaver; Krämer, Walter (Hg.): Die demografische Zeitbombe. Fakten und Folgen des Geburtendefizits. Ferdinand Schöningh, Paderborn 2015.
- 4 Statistisches Bundesamt: Alter der Mutter. www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenMutterAlterBundeslaender.html (abgerufen am 21.01.2016).
- 5 Lutz, Wolfgang; Skirbekk, Vegard; Testa, Maria Rita: The Low Fertility Trap Hypothesis: Forces that May Lead to Further Postponement and Fewer Births in Europe. In: Vienna Yearbook of Population Research, 4, 2006, 167–192.
- 6 Weeks, John R.: Population, an Introduction to Concepts and Issues. 10. Aufl. Wadsworth Publishing, Belmont 2007.
- 7 Population Reference Bureau: World Population Data Sheet. 2015. www.prb.org/PublicationsDatashets/2015/2015-world-population-data-sheet.aspx (abgerufen am 06.11.2015).
- 8 Bloom, David; Canning, David; Sevilla, Jaypee: The Demographic Dividend: A New Perspective on the Economic Consequences of Population Change. Population Matters Series. Rand Coporation, Santa Monica, California 2003.
- 9 University of California, Berkeley; Max Planck Institute for Demographic Research, Rostock: Human Mortality Database. www.mortality.org (abgerufen am 04.11.2015).
- 10 Statistisches Bundesamt: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. 2015. www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung.html (abgerufen am 21.01.2016).
- 11 Vgl. Endnote 10
- 12 Kiziak, Tanja u.a.: Anleitung zum Wenigersein. Vorschlag für eine Demografiestrategie. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Discussion Paper Nr. 12. Berlin 2013.
- 13 Sievert, Stephan; Slupina, Manuel; Klingholz, Reiner: Nach Punkten vorn. Was Deutschland von der Zuwanderungs- und Integrationspolitik Kanadas lernen kann. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2012.
- 14 Woellert, Franziska; Klingholz, Reiner: Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2014.
- 15 Seifert, Wolfgang: Geschichte der Zuwanderung nach Deutschland nach 1950. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. 2012. www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138012/geschichte-der-zuwanderung-nach-deutschland-nach-1950?p=all (abgerufen am 21.01.2016).
- 16 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Weiter hoher Asyl-Zugang im Oktober 2015. www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2015/20151106-asylgeschaeftsstatistik-oktober.html (abgerufen am 21.01.2016).
- 17 Ghelli, Fabio; Lindner, Jenny: Wie qualifiziert sind Flüchtlinge? Hg. v. Mediendienst Integration. 2015. www.medienintegration.de/artikel/welche-qualifikationen-bringen-asylbewerber-wie-hoch-ihrbildungsneuvau.html (abgerufen am 21.01.2016).
- 18 Statistisches Bundesamt: Zahl der Zuwanderer in Deutschland so hoch wie nie. 2015. www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/08/PD15_277_122.html (abgerufen am 21.01.2016).
- 19 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Natürliche Bevölkerungsbewegung. 2015. www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/N/naturliche_bevoelkerungsbewegung.html (abgerufen am 21.01.2016).
- 20 Damm, Theresa u.a.: So geht Einheit. Wie weit das geteilte Deutschland zusammen gewachsen ist. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2015.
- 21 Vgl. Endnote 20
- 22 Kröhnert, Steffen; Klingholz, Reiner: Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2007.
- 23 Sütterlin, Sabine; Hoßmann, Iris; Klingholz, Reiner: Demenz-Report: Wie sich die Regionen in Deutschland, Österreich und der Schweiz auf die Alterung der Gesellschaft vorbereiten können. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2011.
- 24 Kiziak, Tanja u.a.: Stadt für alle Lebensalter. Wo Kommunen im demografischen Wandel stehen und warum sie altersfreundlich werden müssen. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2014.
- 25 Vgl. Endnote 20.
- 26 Slupina, Manuel; Damm, Theresa; Klingholz, Reiner: Im Osten auf Wanderschaft. Wie Umzüge die demografische Landkarte zwischen Rügen und Erzgebirge verändern. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2016.
- 27 Klingholz, Reiner; Vogt, Gabriele: Demografisches Neuland. Schneller noch als Deutschland muss Japan Antworten auf eine schrumpfende und alternde Bevölkerung finden. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Discussion Paper Nr. 11. Berlin 2013.
- 28 Kaufmann, Franz Xaver; Krämer, Walter (Hg.): Die demografische Zeitbombe. Fakten und Folgen des Geburtendefizits. Ferdinand Schöningh, Paderborn 2015.
- 29 United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division: World Population Prospects: The 2012 Revision. Medium Fertility. http://www.un.org/en/development/desa/population/publications/pdf/trends/WPP2012_Wallchart.pdf (abgerufen am 01.02.2016).
- 30 Klingholz, Reiner; Lutz, Wolfgang: Wer überlebt? Bildung entscheidet über die Zukunft der Menschheit. Campus Verlag. Frankfurt am Main/New York 2016.
- 31 Lo, Stephanie; Rogoff, Kenneth: Secular Stagnation, debt overhang and other rationales for sluggish growth, six years on. BIS Working Papers. 2014. www.bis.org/publ/work482.pdf (abgerufen am 21.01.2016).
- 32 Klingholz, Reiner: Sklaven des Wachstums. Die Geschichte einer Befreiung. Campus Verlag. Frankfurt am Main/New York 2014.
- 33 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung insgesamt. B15 Bevölkerung am 31.12.1950 nach Alters- und Geburtsjahren. Wiesbaden 2015. Auf Anfrage zugesandt; Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2015.
- 34 Statistisches Bundesamt: Maßzahlen zu Eheschließungen, Geborenen und Gestorbenen. Wiesbaden 2014. Auf Anfrage zugesandt.
- 35 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Zusammenfassende Übersichten. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene. 1946-2014. www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Eheschliessungen/Tabellen/EheschliessungenGeboreneGestorbene.xls?__blob=publicationFile. (abgerufen am 18.11.2015).
- 36 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Wanderungsergebnisse. 7. Wanderungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland. Wiesbaden 2015.
- 37 Statistisches Bundesamt: Mikrozensus 2010. Höchster beruflicher oder allgemeiner Abschluss. Scientific Use File. Eigene Berechnung.
- 38 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Bonn 2013.
- 39 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus. Bonn 2015.

Berlin-Institut Discussion Papers

- 1 Kleine Erfolge**
(2009)
Auch wenn es in Deutschland 2008 weniger Nachwuchs gab: Die Menschen bekommen wieder mehr Kinder – vor allem im Osten der Republik
- 2 Ungleiche Nachbarn**
(2009)
Die demografische Entwicklung in Deutschland und Frankreich verläuft gegensätzlich – mit enormen Langzeitfolgen
- 3 Glaube, Macht und Kinder**
(2010)
Erobern religiöse Menschen mit vielen Nachkommen die Welt?
- 4 Schwieriges Wachstum**
(2010)
Bevölkerungsdynamik – das vergessene Thema der Entwicklungspolitik
- 5 Mehr Chancen für Schüler**
(2011)
Wie sich mit Stipendienprogrammen Begabte finden und fördern lassen
- 6 Dem Nachwuchs eine Sprache geben**
(2012)
Was frühkindliche Sprachförderung leisten kann
- 7 Alt aber glücklich**
(2012)
Führt eine schrumpfende und alternde Bevölkerung zu weniger Wohlstand?
- 8 Das Trilemma des Wachstums**
(2012)
Bevölkerungswachstum, Energieverbrauch und Klimawandel – drei Probleme, keine Lösung?
- 9 Bildung wirkt**
(2012)
Lebenslanges Lernen für Wachstum und Wohlstand
- 10 Wohnen im demografischen Wandel**
(2012)
Der Einfluss demografischer Faktoren auf die Preisentwicklung von Wohnimmobilien
- 11 Demografisches Neuland**
(2013)
Schneller noch als Deutschland muss Japan Antworten auf eine schrumpfende und alternde Gesellschaft finden
- 12 Anleitung zum Wenigersein**
(2013)
Vorschlag für eine Demografiestrategie
- 13 Bildung von klein auf sichert Zukunft**
(2013)
Warum frühkindliche Förderung entscheidend ist
- 14 Die Zukunft des Generationenvertrags**
(2014)
Wie sich die Lasten des demografischen Wandels gerechter verteilen lassen
- 15 Russland neu gezählt**
(2014)
Was die jüngsten Zensurergebnisse über Russlands Bevölkerungsentwicklung verraten
- 16 Krise an Europas Südgrenze**
(2014)
Welche Faktoren steuern heute und morgen die Migration über das Mittelmeer?
- 17 Jobs für Afrika**
(2016)
Wie Nahrungsmittelproduktion und erneuerbare Energien Entwicklung beschleunigen können